

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Kachelofen Dresden
Verleger: Carl Schönlank
Redaktion: Dresden, Postfach 110
Telefon: 11011
Vertrieb: Dresden, Postfach 110
Telefon: 11011

Besonderheit bei täglich zweimaliger Herausgabe monatlich 2.80 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Extragelb), bei halbjährlicher Herausgabe 13.50 Mk. (einschließlich 10 Pfg. für Extragelb) bei jährlicher Herausgabe 25.00 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für Extragelb). Die einjährige 50 mm dicke Ausgabe 35 Pfg. für außerwärts 40 Pfg., die 60 mm breite Monatsausgabe 200 Pfg., außerwärts 250 Pfg. ab. Anzeigenpreise: 1. Zeile 100 Pfg., 2. Zeile 80 Pfg., 3. Zeile 60 Pfg., 4. Zeile 40 Pfg., 5. Zeile 20 Pfg. Offizieller Anzeiger 50 Pfg. Kaufmännische Anzeigen gegen Bezahlung.

Druck u. Verlag: Leipzig & Weiskopf, Dresden, Postfach 110
Redaktion: Dresden, Postfach 110
Telefon: 11011
Vertrieb: Dresden, Postfach 110
Telefon: 11011

Die Antwort auf Hitlers Rückfragen Präsidential- oder parlamentarische Regierung?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Nov. Das Antwortschreiben des Reichspräsidenten auf die gestrige Rückfrage Adolfs Hitlers ist, wie angekündigt, heute mittig um 1/2 12 Uhr dem Führer der Nationalsozialistischen Partei zugestellt worden. Ueber den Inhalt des Schreibens wird in Regierungskreisen keine Mitteilung gemacht. — Es ist noch Auffassung unterrichteter Kreise noch nicht sicher, ob die Antwort Hitlers schon heute erfolgen wird.

Ueber Hitlers Antwort verläutet, daß sie sachlich auf alle Einzelheiten eingeht und jede Möglichkeit für weitere Verhandlungen offen läßt. In einem Schlußsatz wird dann der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Hitler nunmehr, nachdem alle Fragen geklärt seien, die heute nachmittags eine endgültige Antwort geben möchte, ob er Hindenburgs Antrag annimmt oder nicht.

Es verläutet, daß der Kern der Rückfragen Hitlers dahingang, ob der Antrag Hindenburgs an Hitler bedeute, daß er eine Präsidentialregierung mit parlamentarischen Bindungen bilden soll, oder ob er eine parlamentarische Wehrheitsregierung mit Präsidentialbindungen zu bilden habe.

Man steht offenbar bei den Nationalsozialisten auf dem Standpunkt, daß für die Bildung einer parlamentarischen Wehrheitsregierung nicht so weitgehende Vorbedingungen gestellt werden dürften, wie das der Reichspräsident getan hat.

während für den Fall der Bildung einer Präsidentialregierung dem einmaligen zuständigen Kanzler erhebliche weitere Vollmachten gegeben werden müßten, vor allem im Hinblick auf eine etwa notwendig werdende Reichstagsauflösung, da mit dem Gedanken einer Präsidentialregierung eine feste Parteienbindung unvereinbar sei.

Der nationalsozialistische „Angriff“ richtet an den Reichspräsidenten die Frage, ob er eine Präsidential- oder eine parlamentarische Regierung wolle.

Bei Nachprüfung der Hindenburgschen Vorbehalte müsse man zu der Ansicht kommen, daß in ihnen parlamentarische und Präsidentiale Elemente durcheinandergemischt seien, das heißt, daß die Bedingungen teils von Präsidential-, teils von parlamentarischen Voraussetzungen ausgingen, so daß das Ganze völlig unübersichtlich ersehe. Beispielsweise lasse das Verlangen nach der künftigen Ausschaltung des Dualismus zwischen Reich und Preußen ein rein Präsidential bedingtes Verlangen, das man auch nur gestützt auf eine Präsidentiale Regierung, aber nicht auf eine parlamentarische garantieren könne. Man müsse es geradezu als einen konstruktionsfehler bezeichnen, von einer parlamentarischen Regierung, wie sie Hitler ja bilden solle, eine derartige Garantie fordern zu wollen. Hitler solle eine parlamentarische Regierung zusammenbringen. Den bloß parlamentarischen Regierungsvorgängen verleihe er durch seine Äußerung ein Leben, das er jedoch entzöge, daß der Reichskanzler als verantwortlicher Führer der Reichspolitik in personeller Hinsicht bei der Zusammenbringung seines Kabinetts vollständig freie Hand gehabt habe. Es sei schmierig, sich vorzulassen, wenn man ihm plötzlich diese bei ähnlichen Gelegenheiten früher gewährte Freiheit der Entschlüsse nun auf einmal entziehen wolle. Was die Forderung nach Vorlage eines Selbstverpflichtungsbüchchens anbelange, so sei sie ebenfalls ein Selbstverpflichtungsbüchchen.

Das Volk warte schon lange auf die Durchführung des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms, und die NSDAP. warte überdies auch schon lange, um es in die Tat umzusetzen.

Alles in allem, schließt der „Angriff“, steht man, daß schon der Verlust der Ausführung aller dieser Bedingungen den Auftrag Hindenburgs an Hitler in dieser Form undurchführbar machen würde.

Erklärungen der Wilhelmstraße

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Nov. In der Wilhelmstraße, also von Seiten des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, wendet man sich heute gegen das von verschiedenen Presseorganen geäußerte System. Man vertraue über die Loyalität der Gedankengänge auszureuen, die Hindenburg bei seinem Vorgehen bewegt haben. Insbesondere weist man darauf hin, daß es unrichtig sei, daß Papen in Hintergrund sich irgendwie um die Kabinettskrisen kümmere oder gar Einfluß nehme. Papen sei nicht zum Rücktritt genötigt worden durch diese Strömungen in seinem Kabinett, sondern durch seine Entschlüsse, sein Kabinett aufzulösen und sich auf freiem Entschluß zurückzuziehen. Er habe unter der Bedingung der Wehrmacht den Rücktritt gefast, zurückzutreten, „als dadurch eine Vorbereitung der Regierungsbildung möglich werden sollte. In der entscheidenden Kabinettsbildung hat der Reichskanzler zuerst das Wort ergriffen und den Antrag gestellt, das Kabinett möge

keine Gesamtemission beim Reichspräsidenten einreichen, da dieser Weg allein zu einer nationalen Konzentration führen könne. Auch habe der Reichskanzler dem Reichspräsidenten stets zugeordnet, Hitler zu beauftragen. Es treffe also nicht zu, daß sich der Reichskanzler irgendwie im Hintergrund einer Politik befleißige, die als Strömungsmächter bezeichnet werden könnte. Ebenfalls treffen anderweitige Behauptungen zu, daß der Reichspräsident verschiedene republikanische Freunde, so Herrn von Hindenburg, Herrn von Berg, Herrn von Didenburg, Herrn von Berg, Herrn von Didenburg und einige andere zu sich zu einer Unterredung gebeten habe. Die Herren seien weder um eine Unterredung gebeten worden noch erschienen, noch hätte irgendeine Aussprache stattgefunden.

Wichtig sei lediglich, daß der Reichskanzler v. Papen am Sonntag beim Reichspräsidenten gewesen ist. Hindenburg behalte sich auch weiterhin vor, seine Entschlüsse mit dem amtierenden Reichskanzler zu besprechen.

Die Beurteilung in Paris und London

London, 22. Nov. Die englische Presse verhält sich zu der politischen Entwicklung in Deutschland vorläufig durchaus abwartend. Die Berichte der Berliner Berichterstatter über die zweite Unterredung zwischen Hitler und Hindenburg und deren Ausgang werden allerdings in großer Aufmerksamkeit niedergelegt. In den Berichten wird allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die Aussichten auf eine Regierungsbildung unter Hitler sehr gering seien. Hitler könne Hindenburgs Bedingungen entweder nicht ausführen oder nicht annehmen. Verschiedene Blätter, zum Beispiel „Daily Herald“, sprechen von einer gescheiterten Affäre, die Hindenburg Hitler gestellt habe.

Paris, 22. November. Die französische Presse glaubt nicht, daß es Hitler gelingen werde, ein regierungsfähiges Kabinett aufzustellen. Man erwartet vielmehr, daß er noch am Dienstag oder spätestens Mittwoch dazu gezwungen sein werde, die französische Politik seiner Bemühungen einzusehen und dem Reichspräsidenten den Auftrag zurückzugeben. Einige Blätter geben der Auffassung Ausdruck, daß Hindenburg eine außerhalb aller Parteien stehende Persönlichkeit mit der Regierungsbildung beauftragen werde, um wieder ein Präsidentialkabinett aufzustellen.

Der „Quotidien“ vertritt die Ansicht, daß es für Frankreich ein Fehler sei, wer an der Spitze der deutschen Regierung stehe. In Frankreich werde immer nur General von Schleicher als der wirkliche Herrscher in Deutschland gelten.

Rundfunkkommissar Scholz tritt ins Innenministerium zurück

Berlin, 22. Nov. Nach Abschluß der Neuordnung des Rundfunks tritt der Rundfunkkommissar Ministerialrat Scholz wieder in das Reichsministerium des Innern zurück. Der Reichsminister hat Herrn Ministerialrat Scholz seinen Dank für die hingebende und erfolgreiche Arbeit bei der Neuordnung des Rundfunks ausgesprochen.

Erneute Besprechungen Neuraths und Sir John Simons

Genf, 22. Nov. Die mit dem deutschen Außenminister Freiherrn von Neurath gestern eingeleiteten privaten Besprechungen werden heute fortgesetzt. Der deutsche Außenminister hat Sir John Simon für den Nachmittag zum Tee eingeladen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß in der Aussprache verschiedene Punkte erörtert werden, die nach den Erklärungen Simons im Unterhand und im Büro der Abrüstungskonferenz noch einer besonderen Klärung bedürfen.

Weltwirtschaftskonferenz erst Ende April

Genf, 22. Nov. Der engere Organisationsausschuß des Völkerbundsrat für die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz beschloß heute nach längerem geheimen Verhandlungen, an denen auch Reichsaußenminister Freiherr von Neurath teilnahm, den endgültigen Zeitpunkt für den Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz erst auf der Tagung der Völkerbundsrat festzusetzen. Der vorbereitende Sachverständigenausschuß ist daher zu einer zweiten Tagung zu Anfang Januar einberufen worden.

Der Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz soll nach den heutigen Verhandlungen erst Ende April oder Anfang Mai 1933 erfolgen.

Ziel bemerkt wurde eine Erklärung Norman Davis' daß der vorbereitende Sachverständigenausschuß auch solche Fragen auf die Tagesordnung setzen solle, die einen schwierigen politischen Charakter tragen. Man sieht daz

Der neue Präsident der Landwirtschaftskammer

Die 15. Gesamtsitzung der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen wählte heute den bisherigen zweiten Vizepräsidenten, Oekonomierat Richter auf Lautitz, zum Präsidenten der Landwirtschaftskammer.



Oekonomierat Adolf Richter

Adolf Richter wurde am 10. Juni 1869 in Rittsch als fünfter Sohn des Rittergutsbesitzers Richter auf Nieder- und Mittelbischdorf geboren. Er besuchte die Realschule I zu Bautzen, lernte dann zwei Jahre bei Oekonomierat Froberg in Heidersdorf und war anschließend auf ein Jahr als Beamter dort tätig. 1888 trat er in Jitta beim 102. Regiment als Einjähriger ein, war darauf vierzehnjährig in der väterlichen Wirtschaft in Nieder- und Mittelbischdorf und verwalte dort als noch verhältnismäßig sehr jungen Mann eine größere Gutsherrschaft in Waldau (O.S.). Nebeeneinhalb Jahre selbständig. Vom 1. Juli 1900 bis 1. Juli 1920 hatte er die Herrschaft Baruth als Oberdirektor und Generalverwalter geleitet und dann das Rittergut Lautitz gepachtet, das 1927 in seinen Besitz überging.

Richter ist Vorsitzender der Kreisdirektion Banken, der Landbünde der Sächsischen Oberlausitz, Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, des Reichsagrarpolitischen Ausschusses, Vorsitzender des Verwerterverbandes Deutscher Ertragsfabrikanten, Abt. Sachsen, und zahlreicher landwirtschaftlicher Organisationen und Vereine.

Der Bericht über die Gesamtsitzung befindet sich auf Seite 3 dieser Ausgabe.

Kostring will nicht Völkerbundskommissar bleiben

Genf, 22. November. Ueber die endgültige Ernennung eines Völkerbundskommissars in Danzig wird bekannt, daß der vorläufige Kommissar, Kostring, dessen Mandat bis Dezember läuft, es vorziehen wird, auf seinen Genfer Posten zurückzukehren. Es besteht die Absicht, als Völkerbundskommissar den Vertreter einer Grobmannt zu wählen. — Der Völkerbundsrat wird sich bereits morgen vormittag mit der Danziger Beschwerte wegen der Einführung der Flotzwahrung auf den Danziger Eisenbahnen beschäftigen.

Verbot der niederrheinischen SPD-Presse

Essen, 22. Nov. Die gesamte niederrheinische SPD-Presse ist vom Dienstag ab bis einschließlich Sonnabend durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz verboten worden. Als Grund des Verbotes wird die Veröffentlichung eines Artikels „Praxis kommunistischer Hauptmann-Führung“ angegeben. Von dem Verbot werden die der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Blätter in Essen, Duisburg, Düsseldorf, Aachen, Neuss und Wuppertal betroffen.

Kursberichte der Dresdner Nachrichten

Dresdner Börse vom 22. Nov. 1932 (Ohne Gewähr)
Table with multiple columns: Zins, Kurs, Dividende, etc. Includes sections for Festverzinsliche Werte, Dividendenwerte, and various stock listings.

Leipziger Kurse vom 22. November 1932 ohne Gewähr

Table listing Leipzig market prices for various commodities and goods, including flour, oil, and other goods.

Berliner Kurse vom 22. November 1932 ohne Gewähr

Table listing Berlin market prices for various commodities and goods, including oil, sugar, and other goods.

Berliner fortlaufende Notierungen vom 22. November

Table listing Berlin continuous market prices for various commodities and goods, including oil, sugar, and other goods.

Die internationalen Diskontsätze

Table listing international discount rates for various countries and currencies.

Die internationalen Diskontsätze

Table listing international discount rates for various countries and currencies.

Die internationalen Diskontsätze

Table listing international discount rates for various countries and currencies.

Die internationalen Diskontsätze

Table listing international discount rates for various countries and currencies.

